ARTIVION™

INSIDERHANDELSPOLITIK UND LEITLINIEN IN BEZUG AUF BESTIMMTE WERTPAPIERGESCHÄFTE

In der am 6. August 2024
angenommenen Fassung

KURZFASSUNG

Insiderhandel -

- (a) Es stellt einen Verstoß gegen das US-Gesetz dar, wenn Vorstandsmitglieder, Führungskräfte, Mitarbeiter und andere Personen, die über wesentliche, nicht öffentliche Informationen über Artivion, Inc. (zusammen mit seinen Tochtergesellschaften das "**Unternehmen**") oder über wesentliche, nicht öffentliche Informationen verfügen, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit für das Unternehmen über andere Organisationen erhalten haben, auf der Grundlage dieser Informationen Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens durchführen.
- (b) Es ist keine Verteidigung, dass die Person die Informationen nicht für die Zwecke der Straftat "verwendet" hat.
Transaktion.
- (c) Alle Direktoren und Mitarbeiter, die auf der Insiderliste des Unternehmens stehen, sind verpflichtet, jede Transaktion im Voraus zu genehmigen.
Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens.
- (d) Sowohl (1) die Weitergabe solcher Informationen an andere, die dann auf der Grundlage der Informationen Geschäfte tätigen, als auch (2) die Abgabe von Empfehlungen oder die Äußerung von Meinungen zu Geschäften, während man im Besitz solcher Informationen ist, sind ebenfalls illegal. Sowohl die Person, die die Informationen oder Empfehlungen weitergibt, als auch die Person, die auf der Grundlage dieser Informationen handelt, können rechtlich haftbar gemacht werden.
- (e) Sie sind verpflichtet, alle Verstöße gegen diese Richtlinie dem Leiter der Rechtsabteilung und Chief Compliance Officer des Unternehmens oder seinem Nachfolger oder Beauftragten (dem "**Leiter der Rechtsabteilung**") mitzuteilen.

Sperrfristen -

- (a) In Zeiten, in denen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit besteht, dass Mitarbeiter des Unternehmens über wesentliche nichtöffentliche Informationen verfügen, kann das Unternehmen eine Sperrfrist einführen, in der es bestimmten Personen untersagt ist, Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens durchzuführen, es sei denn, sie haben besondere, von der SEC zugelassene Vereinbarungen getroffen.
- (b) Unabhängig davon, ob Sie Blackout-Perioden unterliegen oder nicht oder ob Sie zu einem bestimmten Zeitpunkt einer Blackout-Periode unterliegen, unterliegen Sie weiterhin dem Verbot des Handels auf der Grundlage wesentlicher nicht öffentlicher Informationen und allen anderen geltenden Beschränkungen in dieser Richtlinie.
- (c) Jeder Einzelne ist persönlich dafür verantwortlich, festzustellen, ob er im Besitz von wesentlichen, nicht öffentlichen Informationen ist, bevor er sich an Wertpapiertransaktionen des Unternehmens beteiligt.

Sonstige Beschränkungen und Anforderungen - Eine Vielzahl zusätzlicher Beschränkungen für Wertpapiertransaktionen und Meldepflichten sind in den folgenden Grundsätzen und Leitlinien geregelt.

Bitte lesen Sie das gesamte Dokument durch, da die obige Zusammenfassung nicht den Anspruch erhebt, alle eingeschränkten Verhaltensweisen abzudecken, und wenden Sie sich bei Fragen an den Leiter der Rechtsabteilung oder einen Mitarbeiter der Rechtsabteilung.

ARTIVION™

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
EINFÜHRUNG	2
PERSONEN UND TRANSAKTIONEN, DIE UNTER DIESE POLITIK FALLEN	4
WESENTLICHE NICHTÖFFENTLICHE INFORMATIONEN	5
GRUNDSÄTZE IN BEZUG AUF WESENTLICHE NICHTÖFFENTLICHE INFORMATIONEN.....	6
BLACKOUT-PERIODEN FÜR DEN HANDEL	8
VORABKLÄRUNG VON GESCHÄFTEN	9
ZUSÄTZLICHE EINSCHRÄNKUNGEN UND LEITLINIEN.....	10
BEGRENZTE AUSNAHMEN.....	12
EINHALTUNG VON ABSCHNITT 16 DES BÖRSENGESETZES	15
ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN	16

ARTIVION™

EINFÜHRUNG

Artivion, Inc. (zusammen mit seinen Tochtergesellschaften, das "**Unternehmen**") verbietet die unbefugte Weitergabe von nicht-öffentlichen Informationen, die Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für das Unternehmen erhalten haben, sowie den Missbrauch wesentlicher nicht-öffentlicher Informationen beim Wertpapierhandel. Alle derartigen Handlungen werden als Verstöße gegen die vorliegende Insiderhandelsrichtlinie (die "**Richtlinie**") betrachtet.

Es gibt gesetzliche Verbote gegen Insiderhandel

Die Betrugsbekämpfungsvorschriften der US-Bundeswertpapiergesetze verbieten Direktoren, leitenden Angestellten, Mitarbeitern und anderen Personen, die über wesentliche nichtöffentliche Informationen verfügen, den Handel auf der Grundlage dieser Informationen. Nach diesen Gesetzen gelten Transaktionen im Allgemeinen als "auf der Grundlage" wesentlicher nicht öffentlicher Informationen getätigt, wenn die an der Transaktion beteiligte Person zum Zeitpunkt der Transaktion Kenntnis von den wesentlichen nicht öffentlichen Informationen hatte, und es ist kein Einwand, dass die Person die Informationen nicht für die Zwecke der Transaktion "genutzt" hat.

Die direkte oder indirekte Weitergabe wesentlicher, nicht öffentlicher Informationen an andere, die dann auf der Grundlage dieser Informationen handeln, oder die Abgabe von Empfehlungen oder Stellungnahmen zu Wertpapiergeschäften in Kenntnis wesentlicher, nicht öffentlicher Informationen (was manchmal als "**Tipping**" bezeichnet wird) ist ebenfalls illegal. Sowohl die Person, die die wesentlichen nicht-öffentlichen Informationen, Empfehlungen oder Meinungen weitergibt, als auch die Person, die auf der Grundlage dieser Informationen handelt, kann haftbar gemacht werden.

Diese illegalen Aktivitäten werden gemeinhin als "**Insiderhandel**" bezeichnet. Staatliche Wertpapiergesetze und die Wertpapiergesetze anderer Länder sehen ebenfalls Beschränkungen für den Insiderhandel vor.

Darüber hinaus können ein Unternehmen sowie einzelne Vorstandsmitglieder, leitende Angestellte und anderes Aufsichtspersonal als "**kontrollierende Personen**" haftbar gemacht werden, wenn sie es versäumen, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um den Insiderhandel durch die ihrer Aufsicht, ihrem Einfluss oder ihrer Kontrolle unterstehenden Personen zu verhindern.

Die staatlichen Behörden sind bei der Aufdeckung und Verfolgung von Insidergeschäften rigoros

Die U.S. Securities and Exchange Commission (die "**SEC**"), die National Association of Securities Dealers und die New Yorker Börse setzen hochentwickelte elektronische Überwachungstechniken ein, um den Insiderhandel zu untersuchen und aufzudecken, und die SEC und das U.S. Department of Justice können Verstöße gegen den Insiderhandel mit Nachdruck verfolgen. Fälle, die den Handel über ausländische Konten, den Handel durch Familienmitglieder und Freunde und den Handel mit einer geringen Anzahl von Aktien betreffen, wurden erfolgreich verfolgt.

Verstöße gegen die Gesetze zum Insiderhandel und diese Richtlinie werden mit erheblichen Strafen geahndet.

Zivil- und strafrechtliche Sanktionen. Ab dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie können mögliche Strafen für Verstöße gegen Insiderhandel gemäß den US-Bundeswertpapiergesetzen Folgendes umfassen:

- Schadensersatz in einem privaten Rechtsstreit;
- die Auszahlung der erzielten Gewinne oder vermiedenen Verluste;

ARTIVION™

- eine Freiheitsstrafe von bis zu 20 Jahren;
- strafrechtliche Geldbußen von bis zu 5 Millionen Dollar für Einzelpersonen und 25 Millionen Dollar für Unternehmen;
- zivilrechtliche Geldbußen bis zum Dreifachen des erzielten Gewinns oder des vermiedenen Verlusts;
- ein Verbot, als leitender Angestellter oder Direktor einer Aktiengesellschaft tätig zu sein;
und
- eine Unterlassungsanordnung gegen künftige Verstöße.

ARTIVION™

Zivil- und strafrechtliche Sanktionen gelten auch für Tipps. Die SEC hat in Fällen von Tipps hohe Strafen verhängt, selbst wenn die Person, die die Informationen weitergegeben hat, nicht gehandelt hat oder keinen Nutzen aus dem Handel einer anderen Person gezogen hat.

Haftung der beherrschenden Person. Ab dem Datum des Inkrafttretens dieser Richtlinie ist die Strafe für die Haftung einer "beherrschenden Person" eine zivilrechtliche Geldstrafe von bis zu 2,3 Millionen US-Dollar oder dem Dreifachen des durch den Insiderhandelsverstoß erzielten oder vermiedenen Gewinns sowie mögliche strafrechtliche Geld- und Haftstrafen.

Disziplinarmaßnahmen des Unternehmens. Wenn das Unternehmen berechtigten Grund zu der Annahme hat, dass Sie gegen diese Richtlinie verstoßen haben, kann das Unternehmen disziplinarische Maßnahmen gegen Sie ergreifen, bis hin zur Kündigung aus wichtigem Grund, unabhängig davon, ob Ihr Verstoß gegen diese Richtlinie zu einem Gesetzesverstoß führt oder nicht. Es ist nicht erforderlich, dass das Unternehmen die Einleitung oder den Abschluss eines zivil- oder strafrechtlichen Verfahrens gegen einen mutmaßlichen Rechtsverletzer abwartet, bevor es disziplinarische Maßnahmen gegen Sie ergreift. Darüber hinaus kann das Unternehmen dem Transferagenten des Unternehmens Anweisungen zum Stoppen von Überweisungen und andere Anweisungen erteilen, um die Einhaltung dieser Richtlinie durchzusetzen.

Fragen zu dieser Politik

Bitte richten Sie alle Fragen, Anträge oder Berichte zu den in dieser Richtlinie behandelten Themen an den Chefsyndikus und Chief Compliance Officer des Unternehmens ("*Chefsyndikus*") oder dessen Beauftragten. Der Chefsyndikus ist im Allgemeinen für die Verwaltung dieser Richtlinie verantwortlich und kann andere Personen auswählen, die ihn bei dieser Verwaltung unterstützen.

Sie haben die Pflicht, Verstöße zu melden

Wie auch im Verhaltenskodex des Unternehmens dargelegt, liegt es in Ihrer Verantwortung, zur Durchsetzung dieser Richtlinie beizutragen. Sie sollten auf mögliche Verstöße achten und Verstöße oder mutmaßliche Verstöße gegen diese Richtlinie unverzüglich dem General Counsel unter compliance@artivion.com oder über die anonyme Hotline des Unternehmens (855.845.3467 und <https://artivion.ethicspoint.com>) melden. Bei der Compliance-Hotline handelt es sich um eine vertrauliche Hotline von Dritten, die 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche für Meldungen von Verstößen gegen die Compliance zur Verfügung steht. Wenn Ihre Situation es erfordert, dass Ihre Identität geheim gehalten wird, wird Ihre Anonymität so weit wie möglich gewahrt. Wenn Sie anonym bleiben möchten, senden Sie ein Schreiben an den General Counsel, 1655 Roberts Blvd, N.W., Kennesaw, GA 30144. Wenn Sie eine anonyme Meldung machen, geben Sie bitte so viele Details wie möglich an, einschließlich aller Beweise, die Ihrer Meinung nach für die Angelegenheit relevant sein könnten.

Artivion toleriert keine Form der Vergeltung gegen Sie, wenn Sie in g u t e m Glauben eine Meldung machen. Eine Meldung in gutem Glauben bedeutet, dass Sie glauben, dass ein mutmaßlicher Verstoß vorliegt, und dass Sie dem Unternehmen alle Informationen mitteilen, die Sie über die Situation für wahr halten. Jede Person, die im Namen des Unternehmens irgendeine Form der Vergeltung gegen einen gutgläubigen Melder begeht oder duldet, wird im Einklang mit den örtlichen Gesetzen disziplinarisch belangt, bis hin zur Kündigung.

Sie sind persönlich für die Einhaltung dieser Richtlinie verantwortlich

Die Verantwortung für die Einhaltung dieser Richtlinie und der geltenden Gesetze und Vorschriften liegt letztlich bei Ihnen. Sie sollten jederzeit nach bestem Wissen und Gewissen

ARTIVION™

handeln und bei Bedarf Ihre Rechts- und Finanzberater zu Rate ziehen. Wir raten Ihnen, bei allen Fragen Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Vorschriften zum Insiderhandel können sehr komplex sein, und ein Verstoß gegen die Insiderhandelsgesetze kann schwerwiegende Folgen haben.

PERSONEN UND TRANSAKTIONEN, DIE UNTER DIESE POLICE FALLEN

Personen, die unter diese Politik fallen

Diese Richtlinie gilt für alle Direktoren, leitenden Angestellten, Mitarbeiter und Vertreter (wie Berater und unabhängige Auftragnehmer) des Unternehmens. Verweise in dieser Richtlinie auf "Sie" (sowie allgemeine Verweise auf Direktoren, leitende Angestellte, Mitarbeiter und Beauftragte des Unternehmens) sind so zu verstehen, dass sie auch Mitglieder Ihrer unmittelbaren Familie, Personen, mit denen Sie einen gemeinsamen Haushalt führen, Personen, die wirtschaftlich von Ihnen abhängig sind, und alle anderen Personen oder Unternehmen einschließen, deren Transaktionen mit Wertpapieren Sie beeinflussen, leiten oder kontrollieren (einschließlich z. B. eines Risiko- oder sonstigen Investmentfonds, wenn Sie Transaktionen des Fonds beeinflussen, leiten oder kontrollieren). Sie sind dafür verantwortlich, dass diese anderen natürlichen und juristischen Personen diese Richtlinie einhalten.

Arten von Transaktionen, die unter diese Politik fallen

Mit Ausnahme der im Abschnitt "**Eingeschränkte Ausnahmen**" beschriebenen **Fälle** gilt diese Richtlinie für *alle* Transaktionen *mit* Wertpapieren des Unternehmens oder mit Wertpapieren anderer Unternehmen, über die Sie wesentliche, nicht öffentliche Informationen besitzen, die Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für das Unternehmen erhalten haben. Diese Richtlinie gilt daher für Käufe, Verkäufe, Schenkungen und andere Übertragungen von Stammaktien, Optionen, Optionsscheinen, Vorzugsaktien, Schuldtiteln (wie Schuldverschreibungen, Anleihen und Schuldscheine) und anderen Wertpapieren. Diese Richtlinie gilt auch für alle Vereinbarungen, die das wirtschaftliche Risiko von Kursänderungen dieser Wertpapiere beeinflussen. Zu diesen Vereinbarungen können unter anderem Transaktionen mit derivativen Wertpapieren (z. B. börsengehandelte Verkaufs- oder Kaufoptionen), Absicherungsgeschäfte, Leerverkäufe und bestimmte Entscheidungen in Bezug auf die Teilnahme an Leistungsplänen gehören. Diese Richtlinie gilt auch für alle Angebote in Bezug auf die oben genannten Transaktionen. Bitte beachten Sie, dass es keine Ausnahmen von den Insiderhandelsgesetzen oder dieser Richtlinie gibt, die sich nach dem Umfang der Transaktion richten.

Die unbefugte Weitergabe von wesentlichen, nicht öffentlichen Informationen anderer Unternehmen ist ebenfalls verboten

Diese Richtlinie verbietet die unbefugte Offenlegung oder den sonstigen Missbrauch von nicht öffentlichen Informationen anderer Unternehmen, wie z.B. der Vertriebspartner, Verkäufer, Kunden, Mitarbeiter, Lieferanten und Wettbewerber des Unternehmens. Diese Richtlinie verbietet auch Insider-Handel und Tipps, die auf wesentlichen nicht-öffentlichen Informationen anderer Unternehmen basieren.

Diese Richtlinie kann auch nach Ihrem Ausscheiden aus dem Unternehmen für Sie gelten.

Es wird von Ihnen erwartet, dass Sie diese Richtlinie so lange einhalten, bis Sie nicht mehr mit dem Unternehmen verbunden sind *und* nicht mehr im Besitz wesentlicher, nicht öffentlicher Informationen sind, die dieser Richtlinie unterliegen. Darüber hinaus wird von Ihnen erwartet, dass Sie die geltenden Handelsbeschränkungen bis mindestens sechs Monate nach Beendigung Ihrer Zugehörigkeit zum Unternehmen einhalten, wenn Sie zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie nicht mehr mit dem Unternehmen verbunden sind, einer Handelssperre gemäß dieser Richtlinie unterliegen.

ARTIVION™

Es gibt keine Ausnahmen aufgrund von persönlichen Umständen

Es kann vorkommen, dass Sie aufgrund der durch diese Richtlinie auferlegten Beschränkungen einen finanziellen Schaden oder eine andere Notlage erleiden oder anderweitig gezwungen sind, auf eine geplante Transaktion zu verzichten. Persönliche finanzielle Notlagen oder andere persönliche Umstände sind keine mildernden Faktoren im Sinne der Wertpapiergesetze und entschuldigen nicht die Nichteinhaltung dieser Richtlinie.

WESENTLICHE NICHTÖFFENTLICHE INFORMATIONEN

Der Begriff "wesentliche" Informationen ist weit gefasst

Eine Information sollte als wesentlich angesehen werden, wenn eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass ein vernünftiger Anleger sie als wichtig für die Entscheidung über den Kauf, das Halten oder den Verkauf von Wertpapieren ansehen würde, oder wenn die Information die Gesamtheit der auf dem Markt vorhandenen Informationen über den Emittenten des Wertpapiers erheblich verändern würde. Im Allgemeinen ist jede Information, von der vernünftigerweise erwartet werden kann, dass sie den Marktpreis eines Wertpapiers beeinflusst, wahrscheinlich wesentlich. Sowohl positive als auch negative Informationen können wesentlich sein.

Es ist nicht möglich, alle Kategorien von "wesentlichen" Informationen zu definieren. Dennoch einige Beispiele

Zu den Informationen, die häufig als wesentlich angesehen werden, gehören Informationen in Bezug auf:

- Finanzergebnisse, Finanzlage, Gewinnvorankündigungen, Prognosen, Projektionen oder Vorhersagen, insbesondere wenn diese nicht mit den Erwartungen der Anlegergemeinschaft übereinstimmen;
- Berichtigungen der Finanzergebnisse oder wesentliche Wertminderungen, Abschreibungen oder Umstrukturierungen;
- Wechsel der unabhängigen Wirtschaftsprüfer oder Mitteilung, dass sich das Unternehmen nicht mehr auf einen Prüfungsbericht verlassen kann;
- Geschäftspläne oder Budgets;
- Entstehung erheblicher finanzieller Verpflichtungen oder erheblicher Ausfall oder Fälligwerden einer finanziellen Verpflichtung;
- Drohender Konkurs oder finanzielle Liquiditätsprobleme;
- Bedeutende Entwicklungen im Zusammenhang mit Geschäftsbeziehungen, einschließlich der Durchführung, Änderung oder Beendigung wichtiger Vereinbarungen oder Aufträge mit Kunden, Lieferanten, Händlern, Herstellern oder anderen Geschäftspartnern;
- Bedeutende Vorfälle im Bereich der Cybersicherheit oder andere bedeutende Störungen der Geschäftstätigkeit, des Rufs oder der Vermögenswerte des Unternehmens;
- Produkteinführungen, -änderungen, -mängel oder -rückrufe, wesentliche Preisänderungen oder andere Produktankündigungen von erheblicher Tragweite;
- Bedeutende Entwicklungen in Forschung und Entwicklung oder im Bereich des geistigen Eigentums;
- Bedeutende rechtliche oder regulatorische Entwicklungen, unabhängig davon, ob sie tatsächlich oder angedroht sind;
- Wichtige Ereignisse im Zusammenhang mit den Wertpapieren des Unternehmens, einschließlich der Einforderung von Wertpapieren zur Rücknahme, der Verabschiedung von Aktienrückkaufprogrammen, der Neupreisung von Optionen, Aktiensplits, Änderungen der Dividendenpolitik, öffentlicher oder privater Wertpapierangebote, Änderungen der Rechte von Wertpapierinhabern oder der Ankündigung der Einstellung der Börsennotierung;
- Wichtige Unternehmensereignisse, wie z. B. eine anstehende oder geplante Fusion, ein Joint Venture oder ein Übernahmeangebot, eine bedeutende Investition, der Erwerb oder die Veräußerung eines bedeutenden Geschäftsbereichs oder Vermögenswerts oder ein Wechsel in der Kontrolle des Unternehmens; und

ARTIVION™

- Größere personelle Veränderungen, z. B. Wechsel in der Geschäftsleitung oder Entlassungen.

Wenn Sie Fragen dazu haben, ob eine Information als "wesentlich" zu betrachten ist, sollten Sie sich mit dem General Counsel oder seinem Beauftragten beraten. Im Allgemeinen ist es ratsam, enge Fragen zur Wesentlichkeit einer Information zu klären, indem man davon ausgeht, dass die Information wesentlich ist.

ARTIVION™

Der Begriff "nicht öffentliche" Informationen ist ebenfalls weit gefasst

Informationen gelten als nicht öffentlich, wenn sie nicht lange genug öffentlich verbreitet wurden, um sich im Kurs des Wertpapiers widerzuspiegeln. In der Regel sollten Informationen als nicht öffentlich gelten, bis mindestens zwei (2) *volle Handelstage* verstrichen sind, nachdem die Informationen in einer Pressemitteilung, einer öffentlichen Einreichung bei der SEC, einem vorab angekündigten öffentlichen Webcast oder einer anderen breiten, nicht ausschließenden Form der öffentlichen Kommunikation an die Öffentlichkeit gelangt sind. Je nach Form der Ankündigung und Art der Information ist es jedoch möglich, dass die Information erst zu einem späteren Zeitpunkt vollständig vom Markt aufgenommen wird. Fragen dazu, ob eine Information nicht öffentlich ist, sollten an den General Counsel oder seinen Stellvertreter gerichtet werden.

Der Begriff "*Handelstag*" bezeichnet einen Tag, an dem die nationalen Börsen und das National Association of Securities Dealers, Inc. Automated Quotation System für den Handel geöffnet sind. Ein "*voller*" Handelstag ist verstrichen, wenn nach der öffentlichen Bekanntgabe der Handel mit dem betreffenden Wertpapier eröffnet und dann geschlossen wurde.

RICHTLINIEN IN BEZUG AUF WESENTLICHE NICHTÖFFENTLICHE INFORMATIONEN

Sie sind verpflichtet, nichtöffentliche Informationen vertraulich zu behandeln

Die unbefugte Verwendung oder Weitergabe von nicht öffentlichen Informationen über das Unternehmen oder andere Unternehmen ist verboten. Alle nicht öffentlichen Informationen, die Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für das Unternehmen erhalten, dürfen nur für legitime Geschäftszwecke des Unternehmens verwendet werden. Darüber hinaus sollten nicht-öffentliche Informationen anderer Personen gemäß den Bedingungen aller relevanten Geheimhaltungsvereinbarungen behandelt werden, und die Verwendung solcher nicht-öffentlicher Informationen sollte auf den Zweck beschränkt werden, für den sie offengelegt wurden.

Sie müssen alle angemessenen Anstrengungen unternehmen, um nicht-öffentliche Informationen im Besitz des Unternehmens zu schützen. Sie dürfen keine nicht-öffentlichen Informationen über das Unternehmen oder ein anderes Unternehmen offenlegen, es sei denn, dies ist gesetzlich vorgeschrieben oder (i) die Offenlegung ist für legitime Geschäftszwecke des Unternehmens erforderlich, (ii) Sie sind zur Offenlegung der Informationen befugt und (iii) es wurden angemessene Schritte unternommen, um den Missbrauch dieser Informationen zu verhindern (einschließlich des Abschlusses einer angemessenen Geheimhaltungsvereinbarung, die die Offenlegung und Verwendung der Informationen einschränkt, falls anwendbar). Diese Einschränkung gilt auch für die interne Kommunikation innerhalb des Unternehmens und für die Kommunikation mit Vertretern des Unternehmens. In Fällen, in denen die Offenlegung nicht-öffentlicher Informationen gegenüber Dritten erforderlich ist, sollten Sie sich mit dem Leiter der Rechtsabteilung abstimmen.

Alle leitenden Angestellten, Mitarbeiter und Vertreter des Unternehmens sind verpflichtet, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung gültige Vertraulichkeitsvereinbarung des Unternehmens, die für den jeweiligen Mitarbeiter oder Berater gilt, sowie alle Aktualisierungen oder Änderungen zu unterzeichnen und einzuhalten.

Sie dürfen nicht mit wesentlichen nicht-öffentlichen Informationen handeln

Mit Ausnahme der im Abschnitt "**Eingeschränkte Ausnahmen**" beschriebenen Fälle dürfen

ARTIVION™

Sie sich weder direkt noch indirekt über andere an einer Transaktion mit den Wertpapieren des Unternehmens beteiligen, *wenn Sie Kenntnis von* wesentlichen, nicht öffentlichen Informationen über das Unternehmen haben. Es ist keine Entschuldigung dafür, dass Sie die Informationen bei Ihrer Transaktion nicht "verwendet" haben.

ARTIVION™

Ebenso dürfen Sie sich nicht an Transaktionen mit den Wertpapieren eines anderen Unternehmens beteiligen, wenn Sie Kenntnis von wesentlichen, nicht öffentlichen Informationen über dieses Unternehmen haben (es sei denn, die Transaktionen entsprechen denen, die im Abschnitt "**Eingeschränkte Ausnahmen**" beschrieben sind). Sie können beispielsweise an einer geplanten Transaktion beteiligt sein, die eine voraussichtliche Geschäftsbeziehung oder Transaktion mit einem anderen Unternehmen beinhaltet. Wenn es sich bei den Informationen über diese Transaktion um wesentliche, nicht öffentliche Informationen für das andere Unternehmen handelt, ist es Ihnen untersagt, Transaktionen mit den Wertpapieren des anderen Unternehmens durchzuführen (sowie Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens, wenn diese Informationen für das Unternehmen wesentlich sind). Es ist wichtig zu beachten, dass die "Wesentlichkeit" für verschiedene Unternehmen unterschiedlich ist. Informationen, die für das Unternehmen nicht wesentlich sind, können für ein anderes Unternehmen wesentlich sein. Bitte wenden Sie sich an den Chefsyndikus oder seinen Stellvertreter, wenn Sie Fragen dazu haben, ob es sich bei einer Angelegenheit um "wesentliche nichtöffentliche Informationen" handelt.

Sie dürfen keine wesentlichen, nicht öffentlichen Informationen zum Nutzen anderer weitergeben

Sie dürfen wesentliche, nichtöffentliche Informationen über das Unternehmen oder ein anderes Unternehmen nicht an Freunde, Familienmitglieder oder andere Personen oder Einrichtungen weitergeben, die nicht zum Erhalt solcher Informationen berechtigt sind, wenn diese Personen oder Einrichtungen durch den Handel auf der Grundlage dieser Informationen profitieren könnten. Darüber hinaus dürfen Sie auf der Grundlage wesentlicher nicht öffentlicher Informationen keine Empfehlungen abgeben oder Meinungen zum Handel mit Wertpapieren von Unternehmen äußern, auf die sich diese Informationen beziehen. Diese Handlungen sind Ihnen untersagt, unabhängig davon, ob Sie daraus einen Gewinn oder persönlichen Nutzen ziehen.

Sie müssen dem Unternehmen wesentliche nichtöffentliche Informationen offenlegen

Sie dürfen keine Geschäfte abschließen, auch nicht die im Abschnitt "**Eingeschränkte Ausnahmen**" genannten, es sei denn, Sie haben dem Chefsyndikus wesentliche, nicht öffentliche Informationen offengelegt, von denen Sie im Laufe Ihrer Tätigkeit für das Unternehmen Kenntnis erlangt haben und die der Geschäftsleitung nicht bekannt sind. Wenn Sie ein Mitglied der Geschäftsleitung sind, müssen die Informationen dem Chief Executive Officer offengelegt werden, und wenn Sie der Chief Executive Officer oder ein Direktor sind, müssen Sie die Informationen dem Vorstand offenlegen, bevor eine Transaktion zulässig ist.

Beantwortung externer Informationsanfragen

Falls Sie eine Anfrage von jemandem außerhalb des Unternehmens, wie z.B. einem Aktienanalysten, erhalten, sollten Sie die Anfrage an den Chief Financial Officer oder den Chief Executive Officer weiterleiten. Das Unternehmen ist gemäß Regulation FD (Fair Disclosure) der US-Bundeswertpapiergesetze verpflichtet, die selektive Offenlegung wesentlicher nicht öffentlicher Informationen zu vermeiden. Im Allgemeinen sieht die Vorschrift vor, dass ein börsennotiertes Unternehmen bei der Offenlegung wesentlicher, nicht öffentlicher Informationen einen breiten, nicht ausschließenden Zugang zu diesen Informationen gewähren muss. Verstöße gegen diese Vorschrift können für das Unternehmen zu Vollstreckungsmaßnahmen der SEC führen, die einstweilige Verfügungen und hohe Geldstrafen zur Folge haben können. Das Unternehmen hat Verfahren für die Freigabe wesentlicher Informationen in einer Art und Weise eingeführt, die darauf abzielt, eine breite öffentliche Verbreitung der Informationen unmittelbar nach ihrer Freigabe in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht zu erreichen. Weitere Informationen finden Sie in der Richtlinie des Unternehmens über die Offenlegungskontrollen und -verfahren (Disclosure Controls and Procedures Policy).

ARTIVION™

SPERRFRISTEN FÜR DEN HANDEL

Um die Wahrscheinlichkeit des Handels zu Zeiten zu begrenzen, in denen ein erhebliches Risiko des Insiderhandels besteht, hat das Unternehmen vierteljährliche Handelssperrfristen eingeführt und kann von Zeit zu Zeit spezielle Handelssperrfristen einführen. Darüber hinaus kann das Unternehmen zur Einhaltung geltender gesetzlicher Bestimmungen Sperrfristen einführen, die Direktoren und leitende Angestellte daran hindern, zu einem Zeitpunkt mit Wertpapieren des Unternehmens zu handeln, zu dem Mitarbeiter nicht mit Wertpapieren des Unternehmens im Rahmen des 401(k)-Plans des Unternehmens handeln können.

Es ist wichtig zu beachten, dass Sie unabhängig davon, ob Sie Sperrfristen unterliegen oder nicht, weiterhin dem Verbot des Handels auf der Grundlage wesentlicher nicht öffentlicher Informationen und allen anderen geltenden Beschränkungen in dieser Richtlinie unterliegen.

Vierteljährliche Sperrfristen

Mit Ausnahme der im Abschnitt "**Eingeschränkte Ausnahmen**" beschriebenen Fälle müssen Direktoren, leitende Angestellte und andere von der Gesellschaft benannte Mitarbeiter und Vertreter während der vierteljährlichen Sperrfristen von Transaktionen mit Wertpapieren der Gesellschaft absehen. Sie werden vierteljährlich von der Finanzabteilung oder dem Chefsyndikus benachrichtigt, wenn sie von solchen Transaktionen Abstand nehmen müssen. Auch wenn Sie nicht ausdrücklich als von den vierteljährlichen Sperrfristen betroffen eingestuft sind, sollten Sie bei Transaktionen während der vierteljährlichen Sperrfristen Vorsicht walten lassen, da ein erhöhtes Risiko des Insiderhandels besteht.

Die vierteljährlichen Sperrfristen beginnen mit dem Ende des zehnten Geschäftstages vor dem Ende eines jeden Geschäftsquartals und enden mit dem Beginn des dritten vollen Handelstages nach dem Datum der Veröffentlichung der Finanzergebnisse für das betreffende Geschäftsquartal. Dieser Zeitraum ist für Transaktionen mit den Wertpapieren des Unternehmens unter dem Gesichtspunkt der Einhaltung der geltenden Wertpapiergesetze besonders heikel, da in diesem Zeitraum Einzelpersonen häufig über wesentliche nichtöffentliche Informationen verfügen oder Zugang zu solchen Informationen haben, die für die erwarteten Finanzergebnisse des Quartals relevant sind.

Personen, für die vierteljährliche Sperrfristen gelten und die Benachrichtigungen über solche vierteljährlichen Sperrfristen erhalten, werden in einer Liste aufgeführt, die von der Rechtsabteilung und dem Chief Financial Officer geführt wird. Von Zeit zu Zeit kann das Unternehmen weitere Personen identifizieren, die vierteljährlichen Sperrfristen unterliegen sollten, und das Büro des General Counsel oder des Chief Financial Officer wird diese Liste der Personen, die vierteljährlichen Sperrfristen unterliegen, in der Regel einmal alle sechs Monate aktualisieren und überarbeiten.

Besondere Sperrzeiten

Von Zeit zu Zeit kann das Unternehmen auch Direktoren, leitenden Angestellten, Mitarbeitern und Vertretern verbieten, Transaktionen mit den Wertpapieren des Unternehmens durchzuführen, wenn nach dem Urteil des General Counsel ein Handelsverbot gerechtfertigt ist. Das Unternehmen verhängt in der Regel besondere Sperrfristen, wenn dem Unternehmen wesentliche Entwicklungen bekannt sind, die der Öffentlichkeit noch nicht bekannt gegeben wurden. Beispielsweise kann das Unternehmen eine spezielle Blackout-Periode in Erwartung der Bekanntgabe einer vorläufigen Gewinnprognose oder einer bedeutenden Transaktion oder Geschäftsentwicklung einführen. Besondere Sperrfristen können jedoch aus jedem beliebigen Grund verhängt werden. Im Falle eines wesentlichen Cybersecurity-Ereignisses, wie vom

ARTIVION™

Unternehmen definiert, wird eine spezielle Blackout-Periode für den Zeitraum zwischen der Entdeckung des Cybersecurity-Ereignisses durch das Unternehmen und dem Datum der öffentlichen Bekanntgabe verhängt.

ARTIVION™

Das Unternehmen wird die Personen benachrichtigen, für die eine besondere Sperrfrist gilt. Jede Person, die auf diese Weise identifiziert und vom Unternehmen benachrichtigt wurde, darf bis zu einer anderweitigen Anweisung durch den General Counsel keine Transaktionen mit den Wertpapieren des Unternehmens durchführen und sollte die Tatsache einer solchen Aussetzung des Handels nicht an andere weitergeben.

Direktoren und leitende Angestellte unterliegen ebenfalls den Sperrfristen der Verordnung BTR

Direktoren und leitende Angestellte können auch Handelsverboten gemäß der Regulation Blackout Trading Restriction ("**Regulation BTR**") nach den US-Bundeswertpapiergesetzen unterworfen sein. Im Allgemeinen verbietet die Verordnung BTR den Direktoren und leitenden Angestellten bestimmte Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens während der Zeiträume, in denen die Teilnehmer an 401(k)-Plänen daran gehindert werden, bestimmte Wertpapiere, die in individuellen Kontenplänen gehalten werden, zu kaufen, zu verkaufen oder anderweitig zu erwerben oder zu übertragen. Alle Gewinne, die aus einer Transaktion erzielt werden, die gegen die Verordnung BTR verstößt, können von der Gesellschaft zurückgefordert werden, unabhängig von den Absichten des Vorstandsmitglieds oder der Führungskraft, die die Transaktion durchführt. Darüber hinaus können Personen, die sich an solchen Transaktionen beteiligen, von der SEC mit Sanktionen belegt und möglicherweise strafrechtlich verfolgt werden. Das Unternehmen hat seinen Direktoren und leitenden Angestellten separate Memoranden und andere geeignete Materialien zur Einhaltung der BTR-Verordnung zur Verfügung gestellt bzw. wird diese zur Verfügung stellen.

Das Unternehmen benachrichtigt Direktoren und leitende Angestellte, wenn für sie eine Handelssperre gemäß der Verordnung BTR gilt. Die Nichteinhaltung einer geltenden Handelssperre gemäß der Verordnung BTR stellt einen Verstoß gegen das Gesetz und diese Richtlinie dar.

Es gibt keine "sicheren Häfen"

Es gibt keine bedingungslosen "sicheren Häfen" für Geschäfte, die zu bestimmten Zeiten getätigt werden, und alle Personen, die dieser Richtlinie unterliegen, sollten jederzeit ein gutes Urteilsvermögen an den Tag legen. Auch wenn keine vierteljährliche Sperrfrist in Kraft ist, kann es Ihnen untersagt sein, Transaktionen mit den Wertpapieren des Unternehmens durchzuführen, weil Sie über wesentliche nichtöffentliche Informationen verfügen, einer besonderen Sperrfrist unterliegen oder anderweitig durch diese Richtlinie eingeschränkt sind.

VORABKLÄRUNG VON GESCHÄFTEN

Mit Ausnahme der im Abschnitt "**Eingeschränkte Ausnahmen**" beschriebenen **Fälle** sollten Direktoren und leitende Angestellte von Transaktionen mit den Wertpapieren des Unternehmens absehen, ohne zuvor eine **Vorabgenehmigung** der Transaktion vom Chefsyndikus oder ihrem Bevollmächtigten einzuholen. Solche Vorabgenehmigungsanträge sollten per E-Mail direkt an cleartrade@artivion.com oder den General Counsel gestellt werden. Darüber hinaus hat das Unternehmen beschlossen, dass bestimmte andere Mitarbeiter und Bevollmächtigte des Unternehmens, die regelmäßig oder auf besondere Weise Zugang zu wesentlichen nicht öffentlichen Informationen haben, von Transaktionen mit den Wertpapieren des Unternehmens absehen sollten, ohne zuvor eine Vorabgenehmigung für die Transaktion einzuholen, indem sie eine E-Mail direkt an cleartrade@artivion.com senden. Der Chefsyndikus oder sein Stellvertreter dürfen sich nicht an einer Transaktion mit den Wertpapieren des Unternehmens beteiligen, es sei denn, der Chief Financial Officer oder der Chief Executive Officer hat die Transaktion vorab genehmigt.

ARTIVION™

Personen, die der Vorabklärungspflicht unterliegen, wurden von den Büros des General Counsel oder des Chief Financial Officer identifiziert und über ihre Vorabklärungspflichten informiert. Von Zeit zu Zeit kann das Unternehmen weitere Personen identifizieren, die der Vorabklärungspflicht unterliegen sollten

ARTIVION™

Die Büros des General Counsel oder des Chief Financial Officer können die Liste der Personen, die eine Vorabgenehmigung einholen müssen, von Zeit zu Zeit aktualisieren und überarbeiten.

Sofern der General Counsel keine Ausnahme gewährt, sollte der Antrag auf Vorabgenehmigung am Werktag der geplanten Transaktion eingereicht werden und muss am selben Werktag nach Erhalt der Vorabgenehmigung ausgeführt werden. Personen, die diesen Vorabgenehmigungsverfahren unterliegen, sollten das Büro des General Counsel auch benachrichtigen, sobald die vorab genehmigte Transaktion abgeschlossen ist.

Diese Vorabgenehmigungsverfahren sollen die Risiken des Insiderhandels im Zusammenhang mit Transaktionen von Personen mit regelmäßigem oder besonderem Zugang zu wesentlichen nicht öffentlichen Informationen verringern. Darüber hinaus erleichtert die Vorabgenehmigung von Transaktionen durch Direktoren und leitende Angestellte die Einhaltung der Wiederverkaufsbeschränkungen gemäß Rule 144 des Securities Act von 1933, der Haftungs- und Meldebestimmungen von Abschnitt 16 des Securities Exchange Act von 1934 (dem "*Exchange Act*") und der Verordnung BTR. Die Vorabgenehmigung eines Geschäfts ist jedoch keine Verteidigung gegen eine Klage wegen Insiderhandels und entbindet Sie nicht von der Einhaltung der Insiderhandelsgesetze oder dieser Richtlinie.

Der General Counsel oder sein Beauftragter ist nicht verpflichtet, eine zur Vorabgenehmigung vorgelegte Transaktion zu genehmigen, und kann nach eigenem Ermessen entscheiden, die Transaktion nicht zuzulassen.

ZUSÄTZLICHE EINSCHRÄNKUNGEN UND LEITLINIEN

Dieser Abschnitt behandelt bestimmte Arten von Transaktionen, die Sie und das Unternehmen erheblichen Risiken aussetzen können. Sie sollten sich darüber im Klaren sein, dass Sie, auch wenn eine Transaktion nicht ausdrücklich durch diesen Abschnitt verboten ist, dafür verantwortlich sind, sicherzustellen, dass die Transaktion anderweitig mit anderen Bestimmungen dieser Richtlinie übereinstimmt, die auf die Transaktion anwendbar sein können, wie z. B. das allgemeine Verbot von Insiderhandel sowie Vorabgenehmigungsverfahren und Sperrfristen, soweit anwendbar.

Sie dürfen sich nicht an Leerverkäufen beteiligen

Leerverkäufe (*d.h.* der Verkauf eines Wertpapiers, das zur Lieferung geliehen werden muss) und "Leerverkäufe gegen die Box" (*d.h.* ein Verkauf mit verzögerter Lieferung) in Bezug auf die Wertpapiere des Unternehmens sind gemäß dieser Richtlinie verboten. Leerverkäufe können dem Markt mögliche schlechte Nachrichten über das Unternehmen oder einen allgemeinen Mangel an Vertrauen in die Aussichten des Unternehmens sowie die Erwartung signalisieren, dass der Wert der Wertpapiere des Unternehmens sinken wird. Darüber hinaus sind Leerverkäufe effektiv eine Wette gegen den Erfolg des Unternehmens und können den Anreiz des Verkäufers verringern, die Leistung des Unternehmens zu verbessern. Leerverkäufe können auch den Verdacht erwecken, dass der Verkäufer Insidergeschäfte tätigt.

Sie dürfen sich nicht an derivativen Wertpapieren und Absicherungsgeschäften beteiligen

Es ist Ihnen untersagt, Transaktionen mit öffentlich gehandelten Optionen, wie z. B. Puts und Calls, und anderen derivativen Wertpapieren in Bezug auf die Wertpapiere des Unternehmens zu tätigen. Dieses Verbot erstreckt sich auf alle Absicherungs- oder ähnlichen Transaktionen, die dazu dienen, die mit dem Besitz von Wertpapieren der Gesellschaft verbundenen Risiken zu

ARTIVION™

verringern, einschließlich, aber nicht beschränkt auf vorausbezahlte variable Verträge, Aktien-Swaps, Collars und Exchange Funds. Der Besitz von und Transaktionen mit Aktienoptionen, Wertsteigerungsrechten und anderen Wertpapieren, die im Rahmen von Leistungsplänen des Unternehmens oder anderen Vergütungsvereinbarungen mit dem Unternehmen ausgegeben werden, unterliegen nicht diesem Verbot, vorausgesetzt, dass Sie keine Absicherungsgeschäfte in Bezug auf Aktien oder Optionen des Unternehmens in Ihrem Besitz tätigen dürfen.

ARTIVION™

Transaktionen mit derivativen Wertpapieren können ein kurzfristiges und spekulatives Interesse an den Wertpapieren des Unternehmens widerspiegeln und den Anschein von Unangemessenheit erwecken, selbst wenn eine Transaktion keinen Handel mit Insiderinformationen beinhaltet. Der Handel mit Derivaten kann auch die Aufmerksamkeit auf die kurzfristige Performance auf Kosten der langfristigen Ziele der Gesellschaft lenken. Darüber hinaus kann die Anwendung von Wertpapiergesetzen auf Derivatetransaktionen komplex sein, und Personen, die sich an Derivatetransaktionen beteiligen, setzen sich möglicherweise einem erhöhten Risiko aus, gegen Wertpapiergesetze zu verstoßen.

Bestimmte Personen dürfen Wertpapiere der Gesellschaft nicht als Sicherheit für Kredite verpfänden

Wenn Sie zur Einhaltung von Abschnitt 16 des Börsengesetzes oder der Sperrfristen oder Vorabklärungsanforderungen gemäß dieser Richtlinie verpflichtet sind, dürfen Sie die Wertpapiere des Unternehmens nicht als Sicherheit für Kredite verpfänden. Wenn Sie mit dem Kredit in Verzug geraten, kann der Kreditgeber die verpfändeten Wertpapiere im Rahmen einer Zwangsversteigerung als Sicherheiten verkaufen. Der Verkauf wird, auch wenn er nicht auf Ihren Wunsch hin eingeleitet wurde, als ein Verkauf zu Ihren Gunsten betrachtet und kann, wenn er zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem Sie Kenntnis von wesentlichen nicht öffentlichen Informationen haben oder anderweitig nicht mit Wertpapieren des Unternehmens handeln dürfen, zu unbeabsichtigten Verstößen gegen Insiderhandel, Section 16 und Reg. BTR (für leitende Angestellte und Direktoren), zu Verstößen gegen diese Richtlinie und zu ungünstiger Publicity für Sie und das Unternehmen führen. Aus denselben Gründen sollten Sie, auch wenn es Ihnen nicht verboten ist, Wertpapiere des Unternehmens als Sicherheit für Kredite zu verpfänden, Vorsicht walten lassen, wenn Sie dies tun.

Bestimmte Personen dürfen keine Wertpapiere der Gesellschaft auf Margin-Konten halten

Wenn Sie verpflichtet sind, Section 16 des Exchange Act oder die Sperrfristen oder Vorabklärungsanforderungen gemäß dieser Richtlinie einzuhalten, dürfen Sie die Wertpapiere des Unternehmens nicht auf Einschusskonten halten. Im Rahmen typischer Einschussvereinbarungen kann der Makler berechtigt sein, die auf dem Einschusskonto gehaltenen Wertpapiere ohne Ihre Zustimmung zu verkaufen, wenn Sie einer Einschussforderung nicht nachkommen. Der Verkauf wird, auch wenn er nicht auf Ihren Wunsch hin eingeleitet wurde, als ein Verkauf zu Ihren Gunsten betrachtet und kann, wenn er zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem Sie Kenntnis von wesentlichen nicht öffentlichen Informationen haben oder anderweitig nicht zum Handel berechtigt sind, zu unbeabsichtigten Verstößen gegen Insiderhandel, Section 16 und Reg. BTR (für leitende Angestellte und Direktoren), zu Verstößen gegen diese Richtlinie und zu ungünstiger Publicity für Sie und das Unternehmen führen. Aus denselben Gründen sollten Sie, auch wenn es Ihnen nicht untersagt ist, Wertpapiere des Unternehmens in Margin-Konten zu halten, Vorsicht walten lassen.

Bei der Erteilung offener Aufträge an Makler müssen Sie vorsichtig sein

Außer in Übereinstimmung mit einem genehmigten Handelsplan (wie unten beschrieben) sollten Sie Vorsicht walten lassen, wenn Sie offene Aufträge, wie z. B. Limit- oder Stop-Aufträge, an Makler erteilen, insbesondere dann, wenn der Auftrag wahrscheinlich über einen längeren Zeitraum hinweg offen bleibt. Offene Aufträge können dazu führen, dass ein Handel zu einem Zeitpunkt ausgeführt wird, zu dem Sie Kenntnis von wesentlichen nicht öffentlichen Informationen haben oder aus anderen Gründen nicht mit Wertpapieren des Unternehmens handeln dürfen, was zu unbeabsichtigten Verstößen gegen den Insiderhandel, zu

ARTIVION™

Verstößen gegen Abschnitt 16 und Reg. BTR (für leitende Angestellte und Direktoren) dieser Richtlinie und zu ungünstiger Publicity für Sie und das Unternehmen führen kann. Wenn Sie Sperrfristen oder Vorabklärungsanforderungen unterliegen, sollten Sie jeden Makler, dem Sie einen offenen Auftrag erteilen, zum Zeitpunkt der Auftragserteilung darüber informieren.

ARTIVION™

Sie dürfen nicht kurzfristig mit Wertpapieren des Unternehmens handeln.

Aktien des Unternehmens, die von leitenden Angestellten oder Direktoren auf dem freien Markt erworben werden, müssen mindestens sechs (6) Monate lang gehalten werden. Der kurzfristige Kauf und Verkauf von Wertpapieren des Unternehmens kann als kurzfristiges und spekulatives Interesse an den Wertpapieren des Unternehmens angesehen werden und kann den Anschein von Unangemessenheit erwecken, selbst wenn eine Transaktion keinen Handel mit Insiderinformationen beinhaltet. Die Auswirkungen dieser Geschäfte können auch die Aufmerksamkeit auf die kurzfristige Leistung auf Kosten der langfristigen Ziele des Unternehmens lenken. Amtsträgern und Direktoren ist es außerdem gemäß Abschnitt 16 des Börsengesetzes untersagt, diese Art von Geschäften zu tätigen.

Vorbehaltlich der Bedingungen der jeweiligen Prämien müssen Aktien, die vom Unternehmen als Ausgleichsaktienprämie erhalten werden und bei der SEC auf einem Formular S-8 registriert sind, nicht für sechs Jahre gehalten werden.

(6) Monate und können jederzeit verkauft werden, vorausgesetzt, Sie verfügen nicht über wesentliche nichtöffentliche Informationen.

Für Geschenke und Spenden können Handelsbeschränkungen gelten

Die Handelsbeschränkungen im Rahmen dieser Richtlinie gelten für Geschenke und Spenden, die Wertpapiere des Unternehmens betreffen. Die Empfänger von Geschenken und Spenden verkaufen die Wertpapiere oft nach Erhalt, was vom Spender als "Trinkgeld" angesehen werden kann. Ebenso kann der Wert der Wertpapiere zum Zeitpunkt der Schenkung oder Spende den Steuerabzug oder andere Vorteile für den Spender beeinflussen.

BEGRENZTE AUSNAHMEN

Im Folgenden finden Sie einige begrenzte Ausnahmen von den Beschränkungen, die das Unternehmen im Rahmen dieser Richtlinie auferlegt. Bitte beachten Sie, dass Sie selbst dann, wenn eine Transaktion einer Ausnahme von dieser Richtlinie unterliegt, gesondert prüfen müssen, ob die Transaktion mit dem geltenden Recht vereinbar ist. Selbst wenn eine Transaktion als von dieser Richtlinie ausgenommen angegeben ist, müssen Sie beispielsweise die "**Short-Swing**"-Handelsbeschränkungen gemäß Abschnitt 16 des Börsengesetzes einhalten, sofern diese anwendbar sind. Sie sind dafür verantwortlich, dass Sie die geltenden Gesetze jederzeit einhalten.

Geschäfte im Rahmen eines Handelsplans, der den SEC-Vorschriften entspricht

Die SEC hat Vorschriften erlassen, die eine positive Verteidigung gegen angebliche Verstöße gegen US-Bundesgesetze zum Insiderhandel für Transaktionen gemäß einem schriftlichen Vertrag, einer schriftlichen Anweisung oder einem schriftlichen Plan, der bestimmte, in Rule 10b5-1 des Exchange Act festgelegte Anforderungen erfüllt (ein "**Rule 10b5-1 Plan**"). Neben anderen Anforderungen muss ein Plan nach Rule 10b5-1 (i) den Betrag, den Preis, das Datum der Transaktion, die Dauer der Handelsvereinbarung und die Gesamtzahl der im Rahmen der Handelsvereinbarung zu verkaufenden oder zu kaufenden Wertpapiere angeben, (ii) eine objektive Methode zur Bestimmung des Betrags, des Preises und des Datums der Transaktion angeben und/oder (iii) jede spätere Ermessensentscheidung zur Bestimmung des Betrags, des Preises und des Datums der Transaktion einer anderen Person übertragen, die zum Zeitpunkt der Transaktion keine Kenntnis von wesentlichen nicht-öffentlichen Informationen hat.

ARTIVION™

Rule 10b5-1-Pläne müssen angenommen werden, wenn das Handelsfenster geöffnet ist und wenn Sie keine Kenntnis von wesentlichen nicht öffentlichen Informationen haben. Darüber hinaus müssen Sie in Bezug auf einen Plan nach Rule 10b5-1 in gutem Glauben handeln und nicht, um das Verbot des Insiderhandels zu umgehen. Obwohl Änderungen an einem bestehenden Plan nach Rule 10b5-1 nicht verboten sind, sollte ein Plan nach Rule 10b5-1 in der Absicht angenommen werden, dass er nicht vor seinem Ablauf geändert oder beendet wird. Führungskräfte und Direktoren müssen in den Rule 10b5-1 Plan eine Erklärung aufnehmen, wenn sie

ARTIVION™

der Annahme oder Änderung des Plans, dass (i) die Person keine Kenntnis von wesentlichen nicht öffentlichen Informationen über das Unternehmen hat und (ii) die Person den Plan in gutem Glauben und nicht als Teil eines Plans oder Schemas zur Umgehung der Verbote von Rule 10b-5 annimmt.

Rule 10b5-1 Pläne müssen vorsehen, dass bis zum Ablauf der in Rule 10b5-1(c)(ii)(B) festgelegten Bedenkzeit kein Handel stattfinden darf. Die angemessene Bedenkzeit richtet sich nach dem Status der betroffenen Person. Für Direktoren und leitende Angestellte endet die Bedenkzeit an dem späteren der beiden folgenden Zeitpunkte: (i) neunzig (90) Tage nach der Annahme oder Änderung des Handelsplans oder (ii) zwei (2) Werktagen nach der Bekanntgabe der Finanzergebnisse des Unternehmens in einem Formular 10-Q oder Formular 10-K für das Quartal, in dem der Handelsplan angenommen oder geändert wurde (höchstens 120 Tage). Für alle anderen, die unter diese Richtlinie fallen, endet die Cooling-off-Periode dreißig (30) Tage nach Annahme oder Änderung des Handelsplans. Diese vorgeschriebene Bedenkzeit gilt für den Abschluss eines neuen Rule 10b5-1 Plans und jede Überarbeitung oder Änderung eines Rule 10b5-1 Plans.

Vorbehaltlich bestimmter begrenzter Ausnahmen gemäß Rule 10b5-1 dürfen Sie nicht mehr als einen Handelsplan gemäß Rule 10b5-1 zur gleichen Zeit abschließen. Vorbehaltlich bestimmter begrenzter Ausnahmen, die in Rule 10b5-1 festgelegt sind, dürfen Sie innerhalb eines 12-Monats-Zeitraums auch nur einen "Einzelhandelsplan" nach Rule 10b5-1 abschließen (d. h. einen Plan nach Rule 10b5-1, der darauf abzielt, den Gesamtbetrag der Wertpapiere, die Gegenstand des Plans nach Rule 10b-1 sind, auf dem freien Markt in einer einzigen Transaktion zu kaufen oder zu verkaufen).

Transaktionen, die gemäß einem Plan nach Rule 10b5-1 getätigt werden, der (i) die in Rule 10b5-1 festgelegte positive Verteidigung erfüllt und (ii) vom General Counsel genehmigt wurde, unterliegen nicht den in dieser Richtlinie festgelegten Beschränkungen gegen Geschäfte, die in Kenntnis wesentlicher nicht öffentlicher Informationen getätigt werden, oder den in dieser Richtlinie festgelegten Vorabgenehmigungsverfahren oder Sperrfristen. Bei der Genehmigung eines Plans nach Rule 10b5-1 kann der General Counsel zur Förderung der in dieser Richtlinie genannten Ziele zusätzliche Kriterien zu den in Rule 10b5-1 festgelegten aufstellen. Sie sollten sich daher mit dem General Counsel beraten, bevor Sie einen Rule 10b5-1 Plan abschließen.

Die SEC-Vorschriften zu Rule 10b5-1 Plänen sind komplex und müssen vollständig eingehalten werden, um wirksam zu sein. Die obige Beschreibung ist nur eine Zusammenfassung, und das Unternehmen rät Ihnen dringend, Ihren Rechtsberater zu konsultieren, wenn Sie beabsichtigen, einen Rule 10b5-1 Plan einzuführen, zu ändern oder zu beenden. Obwohl Rule 10b5-1 Pläne der Überprüfung und Genehmigung durch das Unternehmen unterliegen, ist letztlich die Person, die den Handelsplan einführt, ändert oder beendet, für die Einhaltung von Rule 10b5-1 verantwortlich und muss sicherstellen, dass der Handelsplan mit dieser Richtlinie übereinstimmt.

Rule 10b5-1-Pläne müssen beim General Counsel eingereicht werden und von einer ausgefüllten Bescheinigung begleitet sein, die besagt, dass der Rule 10b5-1-Plan die gesetzlichen Anforderungen und alle anderen vom Unternehmen festgelegten Kriterien erfüllt. Das Unternehmen und die Führungskräfte und Direktoren des Unternehmens müssen in den bei der SEC eingereichten Unterlagen bestimmte Angaben zu den Rule 10b5-1-Plänen machen. Die leitenden Angestellten und Direktoren des Unternehmens müssen sich verpflichten, alle vom Unternehmen angeforderten Informationen über Rule 10b5-1-Pläne zur Verfügung zu stellen, um die geforderten Angaben zu machen oder andere Angaben zu machen, die das Unternehmen unter den gegebenen Umständen für angemessen hält. Jedes Vorstandsmitglied, jede Führungskraft und jeder andere Insider im Sinne von Abschnitt 16 ist sich darüber im Klaren, dass die Genehmigung oder Annahme eines im Voraus

ARTIVION™

geplanten Verkaufsprogramms in keiner Weise die Verpflichtungen dieser Person gemäß Abschnitt 16 des Börsengesetzes, einschließlich der Offenlegungs- und Leerverkaufsverpflichtungen dieser Person, verringert oder aufhebt. Falls Fragen auftauchen, sollte sich die betreffende Person bei der Umsetzung eines Rule 10b5-1-Plans an ihren eigenen Rechtsberater wenden.

Die Handelsbeschränkungen im Rahmen dieser Richtlinie gelten im Allgemeinen nicht für den Erhalt und die Unverfallbarkeit von Aktienoptionen, eingeschränkten Aktien und Wertsteigerungsrechten.

Die Handelsbeschränkungen im Rahmen dieser Richtlinie gelten nicht für die Annahme oder den Kauf von Aktienoptionen, Aktien mit Verfügungsbeschränkung oder Wertsteigerungsrechten, die von der Gesellschaft ausgegeben oder angeboten werden. Die Handelsbeschränkungen im Rahmen dieser Richtlinie gelten auch nicht für die Unverfallbarkeit, die Annullierung oder den Verfall von Aktienoptionen, Aktien mit Verfügungsbeschränkung oder Wertsteigerungsrechten in Übereinstimmung mit den geltenden Plänen und Vereinbarungen.

Die Handelsbeschränkungen im Rahmen dieser Richtlinie gelten generell nicht für die Ausübung von Aktienoptionen gegen Bargeld.

Die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie gelten nicht für die Ausübung von Aktienoptionen gegen Barzahlung im Rahmen der Aktienoptionspläne des Unternehmens. Ebenso gelten die Handelsbeschränkungen im Rahmen dieser Richtlinie nicht für die Ausübung von Aktienoptionen im Rahmen einer "Stock-for-Stock"-Ausübung mit dem Unternehmen oder für die Entscheidung, dass das Unternehmen Wertpapiere zur Deckung von Steuerverpflichtungen im Zusammenhang mit einer Optionsausübung einbehält. Die Handelsbeschränkungen im Rahmen dieser Richtlinie gelten jedoch für (i) den Verkauf von Wertpapieren, die bei der Ausübung einer Aktienoption ausgegeben werden, (ii) die bargeldlose Ausübung einer Aktienoption durch einen Makler, da dies den Verkauf eines Teils der zugrunde liegenden Aktien zur Deckung der Ausübungskosten beinhaltet, und (iii) jeden anderen Marktverkauf zum Zweck der Erwirtschaftung der für die Zahlung des Ausübungspreises einer Option erforderlichen Barmittel.

Handelsbeschränkungen gelten im Allgemeinen nicht für Käufe im Rahmen des Mitarbeiteraktienkaufplans

Die Handelsbeschränkungen in dieser Richtlinie gelten nicht für die Teilnahme am Mitarbeiteraktienkaufplan des Unternehmens oder für den Kauf von Wertpapieren im Rahmen dieses Plans. Die Handelsbeschränkungen gelten jedoch für alle späteren Verkäufe solcher Wertpapiere.

Handelsbeschränkungen gelten nicht für bestimmte 401(k)-Plan-Transaktionen

Die Handelsbeschränkungen in dieser Richtlinie gelten nicht für den Kauf von Aktien des Unternehmens im Rahmen des 401(k)-Plans, der aus regelmäßigen Beiträgen zum Plan auf der Grundlage der von Ihnen gewählten Gehaltsabrechnung resultiert. Die Handelsbeschränkungen gelten jedoch für Entscheidungen, die Sie im Rahmen des 401(k)-Plans treffen, um (i) den Prozentsatz Ihrer Beiträge, der einem Aktienfonds der Gesellschaft zugewiesen wird, zu erhöhen oder zu verringern, (ii) Guthaben in oder aus einem Aktienfonds der Gesellschaft zu verschieben, (iii) Geld zu Lasten Ihres 401(k)-Plankontos zu leihen, wenn das Darlehen zur Liquidierung eines Teils oder des gesamten Guthabens Ihres Aktienfonds der Gesellschaft führt, und (iv) ein Plandarlehen vorzeitig zu tilgen, wenn die Vorauszahlung zur Zuweisung von Darlehenslösen an einen Aktienfonds der Gesellschaft führt.

Handelsbeschränkungen gelten im Allgemeinen nicht für Aktiensplits, Aktiendividenden und ähnliche Transaktionen.

Die Handelsbeschränkungen gemäß dieser Richtlinie gelten nicht für eine Änderung der Anzahl der gehaltenen Wertpapiere infolge eines Aktiensplits oder einer Aktiendividende, die

ARTIVION™

für alle Wertpapiere einer Klasse gleichermaßen gilt, oder für ähnliche Transaktionen.

Handelsbeschränkungen gelten im Allgemeinen nicht für die Änderung der Eigentumsform

Transaktionen, die lediglich eine Änderung der Form, in der Sie Wertpapiere besitzen, beinhalten, sind zulässig. So können Sie beispielsweise Aktien auf einen Inter-Vivos-Trust übertragen, dessen alleiniger Begünstigter Sie zu Lebzeiten sind.

Andere Ausnahmen

Jede andere Ausnahme von dieser Richtlinie muss vom Chefsyndikus in Absprache mit dem Finanzvorstand genehmigt werden, wobei jedoch jede andere Ausnahme, die in Bezug auf eine Transaktion gewährt wird, an der der Chefsyndikus oder der Finanzvorstand beteiligt ist, vom Vorstandsvorsitzenden genehmigt werden muss.

EINHALTUNG VON ABSCHNITT 16 DES BÖRSENGESETZES

Direktoren, leitende Angestellte, Großaktionäre und bestimmte andere Personen haben zusätzliche Verpflichtungen gemäß Abschnitt 16

Abschnitt 16 des Exchange Act und die damit verbundenen Regeln und Vorschriften legen (i) Meldepflichten, (ii) Beschränkungen für "Short-Swing"-Transaktionen und (iii) Beschränkungen für Leerverkäufe und andere Transaktionen fest, die für Direktoren, Führungskräfte, Großaktionäre und bestimmte andere Personen gelten. Das Unternehmen hat Memoranden und andere Materialien zu diesen Themen zur Verfügung gestellt bzw. wird diese zur Verfügung stellen.

Der Chefsyndikus führt eine Liste der Personen, die aufgrund ihrer jeweiligen Position im Unternehmen zur Einhaltung von Abschnitt 16 des Börsengesetzes und der damit verbundenen Regeln und Vorschriften verpflichtet sind. Der Chefsyndikus kann diese Liste von Zeit zu Zeit ändern, um die Wahl neuer leitender Angestellter oder Direktoren, Änderungen in den Verantwortungsbereichen von leitenden Angestellten oder anderen Mitarbeitern sowie jegliche Beförderungen, Degradierungen, Rücktritte oder Abgänge zu berücksichtigen.

Diese Liste ist nicht notwendigerweise eine erschöpfende Auflistung der Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt den Anforderungen von Section 16 unterliegen. Auch wenn Sie nicht auf der Liste stehen, können Sie z. B. aufgrund Ihres Aktienbesitzes der Meldepflicht nach Section 16 unterworfen sein.

Meldepflichten zur Erleichterung der Berichterstattung nach Abschnitt 16

Um die rechtzeitige Meldung von Transaktionen gemäß Abschnitt 16 zu erleichtern, muss jede Person, die der Meldepflicht gemäß Abschnitt 16 unterliegt, dem Unternehmen detaillierte Informationen (z. B. Handelsdatum, Anzahl der Aktien, genauer Preis usw.) über ihre Transaktionen mit den Wertpapieren des Unternehmens, einschließlich Schenkungen, Übertragungen, Verpfändungen und Transaktionen gemäß einem Handelsplan, sowohl vor (zur Bestätigung der Einhaltung der Vorabgenehmigungsverfahren, falls zutreffend) als auch unverzüglich nach der Ausführung zur Verfügung stellen bzw. sicherstellen, dass ihr Makler diese Informationen bereitstellt.

Andere Anforderungen können ebenfalls gelten

Transaktionen mit Wertpapieren des Unternehmens durch Vorstandsmitglieder und leitende

ARTIVION™

Angestellte können zusätzliche Meldepflichten und Beschränkungen nach sich ziehen und bei hohen Volumina als "Vertrieb" angesehen werden, der eine Registrierung nach den Wertpapiergesetzen erfordert. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, die Vorabgenehmigungsverfahren dieser Richtlinie einzuhalten.

Persönliche Verantwortung

Die Verpflichtung zur Einreichung von Berichten nach Abschnitt 16 und zur Einhaltung von Abschnitt 16 und anderen Regeln und Vorschriften ist persönlich. Das Unternehmen kann zwar in bestimmten Fällen die Einreichung solcher Formulare im Namen von Direktoren und leitenden Angestellten erleichtern, ist jedoch nicht für die Nichteinhaltung der geltenden Regeln und Vorschriften durch Einzelpersonen verantwortlich.

ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

Umsetzung der Politik

Diese Richtlinie wird allen Direktoren, leitenden Angestellten, Mitarbeitern und Beauftragten des Unternehmens ausgehändigt, wenn sie ihren Dienst bei dem Unternehmen antreten. Darüber hinaus wird diese Richtlinie (oder eine Zusammenfassung dieser Richtlinie) auf der Intranet-Website des Unternehmens veröffentlicht und in regelmäßigen Abständen weitergegeben. Jedes Vorstandsmitglied, jede Führungskraft, jeder Angestellte und jeder Beauftragte des Unternehmens muss bestätigen, dass er oder sie diese Richtlinie verstanden hat und sich mit ihrer Einhaltung einverstanden erklärt.

Änderungsanträge

Wir sind bestrebt, unsere Richtlinien und Verfahren ständig zu überprüfen und zu aktualisieren. Das Unternehmen behält sich daher das Recht vor, diese Richtlinie jederzeit und aus beliebigen Gründen zu ergänzen, zu ändern oder zu beenden, vorbehaltlich der geltenden Gesetze. Ein aktuelles Exemplar der Unternehmensrichtlinien zum Insiderhandel kann bei der Rechtsabteilung angefordert werden.

* * *

Nichts in dieser Insiderhandelsrichtlinie begründet oder impliziert einen Arbeitsvertrag oder eine Beschäftigungsdauer. Die Beschäftigung bei der Gesellschaft ist ein Arbeitsverhältnis nach freiem Ermessen. Das Arbeitsverhältnis kann jederzeit mit oder ohne Grund und mit oder ohne Vorankündigung durch den Mitarbeiter oder das Unternehmen gekündigt werden. Nichts in dieser Insiderhandelsrichtlinie schränkt das Recht ein, das Arbeitsverhältnis auf freiwilliger Basis zu beenden. Kein Mitarbeiter des Unternehmens hat die Befugnis, einen Arbeitsvertrag für einen bestimmten Zeitraum abzuschließen oder eine Vereinbarung oder Zusicherung zu machen, die der Politik des Unternehmens zur Beschäftigung auf Abruf zuwiderläuft. Nur der Chief Executive Officer des Unternehmens ist befugt, eine solche Vereinbarung zu treffen, die der Schriftform bedarf.

Die Richtlinien in dieser Insiderhandelsrichtlinie stellen keine vollständige Liste der Unternehmensrichtlinien oder eine vollständige Liste der Verhaltensweisen dar, die zu Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Entlassung führen können.